

Fördern und fordern

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung und ihre spezielle Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen

Martina Weyrauch und Gabriele Voigt

Kernaussagen

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung wurde vor zwanzig Jahren gegründet. Seitdem sucht sie nach Wegen, die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich stärker in die Gesellschaft einzubringen. Im Mittelpunkt stehen Auseinandersetzung und Engagement, Aktivierung und Partizipation. Den Bürgerinnen und Bürgern dies zu vermitteln, ist die Aufgabe der politischen Bildung.

1 Einleitung

Förderung gehört zum Tagesgeschäft der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. Vereine, die politische Bildung anbieten, stellen bei der Landeszentrale ihre Projekte vor, erläutern sie inhaltlich und finanziell und erhalten Unterstützung oder nicht.¹

Im Kern geht es dabei um Auseinandersetzung und Engagement, um Aktivierung und Partizipation im Großen wie im Kleinen, kurz gesagt: um Beteiligung. Mehr Beteiligung schafft mehr Freiheit für den Einzelnen, aber auch mehr Verantwortungsbewusstsein für Zusammenhalt und Stabilität der Gesellschaft. Es geht also um den mündigen, aufgeklärten und selbstbewussten Staatsbürger, der sich auskennt und der sich politisch einmischt. Das ist das Ziel einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft. Die politische Bildung soll und will diesen Prozess unterstützen.

Die Erfahrungen der Ostdeutschen im Umgang mit zwei Diktaturen, die Erlebnisse während der friedlichen Revolution 1989 und die im deutschen Vereinigungsprozess zugleich auftretenden sozialen Entwertungserfahrungen und neuen Freiheitsgefühle bildeten Anfang der 1990er Jahre eine äußerst diffizile, komplexe und problembeladene Ausgangslage für die politische Bildung.

Brandenburg stand 1991 vor der Aufgabe, dem Modell politischer Bildung, wie es für die Bundesrepublik Deutschland nach 1945 entworfen wurde, zur Akzeptanz in der Bevölkerung zu verhelfen. Und das auf sehr differenzierte Weise. Gleichzeitig galt es neue Kommunikationsmodelle und Angebote zu entwickeln, die der ostdeutschen Situation angemessen waren.

Wie sah die Ausgangslage damals aus? Die politischen Schulungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der DDR (vom Kindergarten, über die Schule bis in die Pionier- und Jugendorganisation, in die Betriebe, Parteien und Organisationen hinein) waren selten freiwillig und auch nicht

gern besucht worden. „Ewige“ Wahrheiten wurden vorgegeben, Pluralismus wurde vorgetäuscht, nach Scheindebatten wurde ein einheitlicher Klassenstandpunkt eingefordert. Die Summe dieser Erscheinungen prägte das Verständnis der Ostdeutschen von politischer Bildung. Die Menschen waren dieser Indoktrination überdrüssig.

2 Wie konnte man dem Überdruss begegnen?

Im neu konstituierten Land Brandenburg bestand zwischen den politisch Verantwortlichen Konsens darüber, dass der Verwaltungsaufbau des neuen Landes Brandenburg auch die Institutionalisierung des staatlichen Bildungsauftrages im politischen Bereich umfassen musste. Im Februar 1991 begann der Aufbau der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. Ihre strukturelle und personelle Entwicklung wies in den ersten Jahren vier Spezifika auf, die alles Weitere langfristig positiv prägte.

1. Dazu gehörte, dass mit dem Aufbau der Landeszentrale der DDR-Bürgerrechtler Dr. Hans-Jürgen Misselwitz beauftragt wurde. Unter seiner Leitung blieb das Gedankengut der Bürgerbewegung der DDR neben der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes ein wichtiger konzeptioneller Faktor. Politische Bildung war in Brandenburg insofern kein bloßes Kopieren der Arbeit der Landeszentralen in den alten Bundesländern, sondern behielt eine an den Bedingungen des eigenen Landes orientierte Spezifik.
2. Von 1990 – 1994 regierten in Brandenburg drei Parteien in einer Koalition aus Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und Liberalen. Noch beeindruckt von den basisdemokratischen Prozessen der friedlichen Revolution 1989/90 wurde der so genannte „Brandenburger Weg“ entwickelt, der Sachpolitik vor Parteipolitik setzte. Die konsequente Überparteilichkeit der Arbeit der Landeszentrale war unstrittig und alle politisch Verantwortlichen zeigten sich offen gegenüber allen neuen Entwicklungen, die auf den Werten des Grundgesetzes basierten.
3. Es waren die Bedingungen zu berücksichtigen, die sich aus den Gegebenheiten eines ausgedehnten Flächenlandes ableiteten. Dem umfassenden Bildungsbedarf, vor allem in den Regionen fernab der Landeshauptstadt Potsdam, konnte die Landeszentrale allein nicht nachkommen. Ein Netz „freier Träger“ der politischen Bildung, zum Beispiel

¹ Weitere Informationen zur Landeszentrale und den geförderten Projekten finden sich auf www.politische-bildung-brandenburg.de/ (letzter Zugriff: 30.11.2011).

gemeinnützige Vereine, Clubs, Initiativen mit lokaler Bindung, die sich vor Ort gründeten und so die Bedürfnisse der Bürger kannten, Bildungsvereine und Initiativen, die thematische oder bildungspolitische Kompetenzen aufwiesen, wurde in die politische Bildung einbezogen.

Die Förderung von Projekten politischer Bildung ist bis heute ein Schwerpunkt der Arbeit in Brandenburg. Dieses Konzept, aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung kommend, ist ein bewusster Bruch mit der Eindimensionalität einer Diktatur. Es ist ein Konzept, das auf der Vielfalt der Akteure, auf Pluralität, auf Kontroverse basiert. Es wurde in den vergangenen zwanzig Jahren kontinuierlich weiterentwickelt.

4. Und schließlich arbeitet die Landeszentrale mit einem integralen Konzept. Durch das Angebot von Veranstaltungen, Ausstellungen sowie Wanderausstellungen, von Publikationen und den ständigen inhaltlichen Ausbau des Internets wird politische Bildung über verschiedene Sinne vermittelt. Diese unterschiedlichen Zugänge und Formate bieten die Möglichkeit, Inhalte auf unterschiedlichen Wegen der Wahrnehmung miteinander zu verknüpfen. Sie bieten für Bürgerinnen und Bürger die Chance, freiwillig, unabhängig und selbstbestimmt ihre Zugänge zu wählen.

Ziel der Zusammenarbeit mit den freien Trägern der politischen Bildung im Land Brandenburg ist es, ihre Bemühungen, politische Bildung in den unterschiedlichsten Formen in der Fläche des Landes anzubieten, auf ein festes, verlässliches Fundament zu stellen. Dies hat die Landeszentrale auch in ihrem Leitbild verankert: „Die Landeszentrale bietet den freien Trägern politischer Bildung Beratung bei Fragen der Veranstaltungsorganisation, der Referentengewinnung, der Förderung und der Projektarbeit. Die Förderung erfolgt entsprechend der geltenden Richtlinie und soll verlässlich und dauerhaft landesweite Angebote sicher stellen. Die Landeszentrale ist selbst Partnerin und Vermittlerin von Kooperationen, befördert Vernetzung und Erfahrungsaustausch, um größtmögliche Synergieeffekte zu erzielen.“

3 Wie hat sich die Zusammenarbeit entwickelt?

Die Mehrzahl der freien Träger der politischen Bildung im Land arbeitet ehrenamtlich und ist und bleibt auf Förderung angewiesen. Der Landeszentrale ist es gelungen, die Zusammenarbeit mit den freien Trägern im ganzen Land zu qualifizieren. Insbesondere der inhaltliche Austausch und die Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e. V. (LAG) haben dazu geführt, dass die Angebote politischer Bildung an thematischer und örtlicher Breite gewonnen haben.

Diese Landesarbeitsgemeinschaft ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Vereinen und Organisationen, die politische Bildung in Brandenburg anbieten. Sie wurde Mitte der 90er Jahre gegründet. Bis heute hat sie ihr Alleinstellungsmerkmal in der Bundesrepublik Deutschland behalten. Die beteiligten Vereine schätzen das Wirken der LAG. Sie ist ein

Gremium des Austausches und der Vernetzung. Sie hilft insbesondere den Neuen unter den Vereinen erste Schritte in der politischen Bildungslandschaft zu gehen. Sie vertritt die Interessen ihrer Mitglieder in Politik und Öffentlichkeit, gibt fachliche Informationen weiter und unterstützt den Erfahrungsaustausch. Sie regt Kooperationen zwischen den Mitgliedern an und entwickeln Fortbildungsangebote für die in den Einrichtungen Beschäftigten. Darüber hinaus ist sie selbst Trägerin mehrjähriger Projekte in der politischen Bildung, in die auch das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitgliedseinrichtungen einfließen.

Die Landeszentrale unterstützt durch inhaltliche Koordinationsarbeit und finanzielle Förderung alle Bemühungen, auch in der Tiefe des Flächenlandes ein anspruchsvolles Angebot politischer Bildung zu organisieren. So werden Eigeninitiative und Ehrenamt gestärkt. Landesweit bedeutende Themen können durch das Netzwerk an verlässlich arbeitenden freien Trägern der politischen Bildung, das stets offen ist für neue Mitglieder und Themen, unkompliziert angeregt werden.

Anfang bis Mitte der 90er Jahren erhielten die Träger politischer Bildung von der Landeszentrale sehr hohe Zuwendungen, da ein Vielfaches der heutigen jährlichen Fördersumme zur Verfügung stand. Die Mittel wurden jedoch in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gekürzt.

Im Jahr 2001 wurde die Förderung in der Landeszentrale komplett neu organisiert und auf eine teilnehmerbezogene Förderung umgestellt. Es wurde eine neue Födererrichtlinie erarbeitet, die ein stark vereinfachtes Verfahren der Förderung ermöglichte. Gleichzeitig begann (quasi auch als eine Art Kompensation für die geringeren Mittel) eine intensivere sowohl inhaltliche als auch verfahrenstechnische Beratung der Träger. Qualitative Aspekte der Beurteilung von Anträgen rückten in den Vordergrund.

Innerhalb der Trägerlandschaft fand in dieser Zeit ein kompletter Umbruch statt. Es bildete sich zum einen ein fester Stamm von Trägern heraus, mit denen die Zusammenarbeit in den 90er Jahren begonnen hatte, über die Jahre konstruktiv ausgebaut werden konnte und bis heute anhält. Zum anderen gab es aber auch Träger, die nicht gewillt oder in der Lage waren, die veränderten Bedingungen mitzutragen und mit denen heute keine Zusammenarbeit mehr stattfindet, die zum Teil auch nicht mehr existieren.

Anträge auf finanzielle Förderung werden in der Landeszentrale von einer Gruppe von Referenten nach festen Kriterien, allen voran inhaltliche und methodische, aber auch formale, beurteilt und diskutiert. Ein positives Urteil mündet nach haushaltrechtlicher Prüfung in einen Förderbescheid. Im Haushaltsjahr 2010 beispielsweise sind bei der Landeszentrale insgesamt 172 Anträge auf Gewährung einer Zuwendung mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 648.427,00 € eingegangen. Hier von wurden 122 bewilligt.

Seit etwa fünf Jahren ist eine Verjüngung unter den Trägern zu beobachten, eine Entwicklung, die die Landeszentrale bewusst forciert hat. Die neuen Träger beteiligen sich mit

innovativen Ideen an politischer Bildung im Land Brandenburg.

4 Das Beispiel PARLAMENT - Kommunalwahlen in Slubfurt

Der Slubfurt e.V.² entwickelte und realisierte 2010 das Projekt "PARLAMENT – Kommunalwahlen in Slubfurt". Der Verein agiert in Slubice und Frankfurt (Oder) und denkt auf zuweilen eher spielerische Weise ein Leben ohne Grenze voraus. So beschreibt der Verein selbst sein Wirken: „In Slubfurt herrscht ein besonderes Mikroklima im Dazwischen der Kulturen. Denn hier sprechen die Menschen polnisch, deutsch, englisch und natürlich slubfurtisch, was diesen Ort zu einem attraktiven Zentrum für Solarwirtschaft, Gartenskulpturen und Touristen aus aller Welt macht.“³

Slubfurt ist die Kulturhauptstadt der grenzüberschreitenden Region ‚Lebuser Ziemia‘, die sich von der Warthe bis zur Spree zwischen Gorzów, Zielona Góra, Gubien, Fürstenwalde und Küstrin erstreckt. Das periphere Einzugsgebiet von Slubfurt ‚nowa ameryka‘ reicht allerdings von Poznan im Osten bis nach Berlin im Westen, Szczecin im Norden und Dresden im Süden.“ Im Mai 2011 verlieh der Bundesausschuss politische Bildung den mit insgesamt 15.000 Euro dotierten "Preis Politische Bildung". Fünf Projekte wurden ausgezeichnet. Die Preisträger wurden aus rund 200 Bewerbungen durch eine Fachjury ausgewählt. Den 1. Preis (10.000 Euro) erhielt Slubfurt e.V. Das Projekt wurde und wird mit Mitteln der Landeszentrale finanziell und beratend unterstützt.

5 Fazit

Förderung ist für die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung ein wichtiger Baustein ihres oben beschriebenen integralen Konzepts. Es soll beim Bürger die Lust am Denken, Nachdenken und Einmischen geweckt werden. Wichtig ist stets, dass sich die Angebote an den Bedürfnissen der Besucher und Interessenten ausrichten. Dies betrifft besonders diejenigen für junge Erwachsene, die neue Zugangswege zu politischer Bildung und demokratischer Mitwirkung einfor-

dern. Heute werden durch das Web 2.0 die Kommunikationsmöglichkeiten immer unmittelbarer. Gleichzeitig wird die Beratungs- und Netzwerkfunktion der Landeszentrale immer wichtiger.

Bei allen Angeboten der Brandenburgischen Landeszentrale gilt: Das Gespräch zwischen Menschen, der Austausch ihrer Erfahrungen, die Debatte des eben Gehörten, Erlebten und Erfahrenen ist das Kernstück politischer Bildung, die nicht nur bildet, sondern zum Handeln, zur Beteiligung motiviert und aktiviert.



Dr. Martina Weyrauch, Juristin, arbeitet seit 1991 in verschiedenen Verantwortungsbereichen des Landes Brandenburg, von 1992-1997 persönliche Referentin des Ministerpräsidenten, seit 2000 Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. Email: martina.weyrauch@blzpb.brandenburg.de



Gabriele Voigt, Journalistin, arbeitet seit 1992 in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, u.a. als Redenschreiberin des Ministerpräsidenten, seit 2007 Referentin in der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung für Qualitätsentwicklung, Förderung der freien Träger. Email: gabriele.voigt@blzpb.brandenburg.de

² <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/programm/adressen/slubfurt-ev> (letzter Zugriff 30.11.2011).

³ http://www.slubfurt.net/d_start.html (letzter Zugriff 30.11.2011).